

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an in Berlin: A. Neumeier, Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haafenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

Danziger



Zeitung.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Reg.-Bräuf. a. D., Grafen v. Krassow zu Stralsund das Kreuz der Comthure des R. Hausordens von Hohenzollern, dem Oberförster Happe zu Dobrilugk, dem Postdirector Koch zu Hagen und dem Kanzleirath Rahm zu Belgard den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Rechnungsrath Grius zu Merseburg den R. Kronenorden vierter Klasse, sowie dem Kreisgerichtshofen Dittmar zu Rotenburg das Allg. Ehrenzeichen zu verleihen; den Geh. Regierungsrath Bitter zu Berlin zum Oberregierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten, den Hofrath und Professor Dr. Clausius in Würzburg unter Verleihung des Characters als Geh. Regierungsrath zum ordentl. Professor in der philos. Facultät der Universität zu Bonn zu ernennen. — Der bish. K. Eisenbahn-Baumeister Streckert in Berlin ist zum K. Eisenbahn-Bauinspector ernannt und demselben die zweite Eisenbahn-Bauinspectorstelle im techn. Eisenbahnbureau des K. Ministeriums für Handel u. definitiv verliehen worden, dem Landbaumeister Werner ist unter Ernennung zum K. Bauinspector die erledigte Stelle eines solchen zu Raumburg a. S. verliehen worden.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 2 Uhr Nachm.

Madrid, 18. März. [Cortesitzung.] Der Minister des Innern theilte mit, daß in Jugeres und Moron anlässlich der Aushebung Unruhen ausgebrochen sind, wobei es Tode und Verwundete gab; die Ruhe ist bereits wieder hergestellt. Cadix, Sevilla und Malaga sind zwar ruhig, doch herrscht große Aufregung in diesen Städten. Die Cortes nahmen einstimmig den Antrag auf Störung der Executionsgewalt in Andalusien an. — Cölestin Dlozaga (Schriftführer der Cortes) ist in einem Duell gefallen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Darmstadt, 17. März. Die Abgeordneten-Kammer hat heute den von den Abgg. Hoffmann und Bernher in Betreff des Militärbudgets eingebrachten Vermittelungsvorschlag angenommen. Derselbe geht dahin, dem Kriegsministerium zur Erfüllung der aus der Militärconvention hervorgehenden Verpflichtungen eine Pauschalsumme von 3,066,918 Gulden zu bewilligen, mit der Beschränkung jedoch, die bewilligten Ausgaben für speciell heftische Militäreinrichtungen nicht zu überschreiten. (N. L.)

Wien, 17. März. Der Reichsrath hat in seiner heutigen Sitzung das Landwehrgesetz mit 75 gegen 61 St. nach den Ausschussanträgen angenommen, nachdem alle unwesentlichen Abänderungsvorschläge verworfen worden. (W. L.)

Haag, 17. März. In der zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern auf eine Interpellation bezüglich der Eisenbahnfrage, daß die Regierung keinem Vertrage zwischen der holländischen Eisenbahngesellschaft und der französischen Ostbahn in Betreff einer Vereinigung von Eisenbahnen ihre Genehmigung erteilt habe. (N. L.)

Brüssel, 17. März. Die Verhandlungen, welche gestern fast zum Abschlusse gelangt zu sein schienen, sind auf Schwierigkeiten gestoßen. Der Ministerpräsident Frère-Orban hat gestern dem Könige über die Angelegenheit Vortrag gehalten. Die Besprechungen dauern fort. (N. L.)

Norddeutscher Reichstag.

9. Sitzung am 17. März.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt der Reichstag, dem Könige zu dessen Geburtstag durch das Präsidium seine Glückwünsche anzusprechen zu lassen. — Der Nachtrags-Etat pro 1869 wird in dritter Lesung angenommen. — Bei der dritten Lesung des Gesetzes, betr. die Maßregeln gegen die Rinderpest, haben die Abgg. Prosch und v. Henning den Antrag gestellt, das bei der zweiten Lesung angenommene Amendement Bethusy-Hue (welches die Entschädigungspflicht des Bundes auch für das nach ordnungsmäßiger Anzeige gefallene Vieh will) zu streichen. Der Antrag wird vom Bundescommissar lebhaft befürwortet und dann mit 105 gegen 72 St. abgelehnt, das Amendement Bethusy-Hue wird wiederum angenommen mit dem Zusatzantrag des Abg. Stephan: „Diese Entschädigung wird jedoch nicht gewährt für solches Vieh, welches innerhalb zehn Tagen nach erfolgter Einfuhr oder Enttrieb über die Bundesgrenze an der Seuche fällt.“ Hierauf werden die einzelnen §§ angenommen; die Schlussabstimmung muß nach der Geschäftsordnung wegen der Annahme der Verbesserungsanträge verschoben werden.

Erste Berathung der Gewerbeordnung. Abg. Dr. Schweiger erklärt, zur Motivierung seiner Anträge einige Grundbegriffe des Socialismus entwickeln zu müssen (Wurren). Redner fährt nun in längerer Auseinandersetzung aus, daß aller neue Tauschwerth nur durch Arbeit entsteht, das Kapital und die Kapitalisten also auch nicht das Recht haben, von dem Gewinn der Arbeit so viel zu beanspruchen, wie dies jetzt geschieht. Die Gründe dafür, daß die bestehenden Klassen einen so großen Theil des Arbeitserwerthes beanspruchen, sind vollständig unzureichend. Auch das Risiko ist kein stichhaltiger Grund. Wohl haben einzelne Fabrikanten durch ein Geschäftsunternehmen Verluste; es handelt sich hier aber nicht um das Verhältnis zwischen einzelnen Kapitalisten und einzelnen Arbeitern, sondern zwischen der Gesamtklasse der Kapitalisten und Arbeiter. Es ist allgemein anerkannt, daß der sogenannte National-Reichtum im Steigen begriffen ist, daß aber die Zunahme lediglich die bestehenden Klassen trifft. Für das Kapital im Ganzen ist also kein Risiko vorhanden, es ist überhaupt nur eine Folge der Planlosigkeit der Production. Auch ist der Unternehmerrisiko keine Belohnung der Sparsamkeit und Enthaltensamkeit. Es ist ganz falsch, wenn man so thut, als ob die Vorfahren der Capitalisten alle Arbeiter gewesen wären, die sparsam waren und Geld zurückgelegt hatten, während die andern leichtsinnig ihr Geld verprasst hätten.

Es ist nur eine Ausnahme, wenn Jemand durch Arbeit emporkommen ist. Das Capital im Großen ist entstanden durch die mittelalterliche Ausbeutung. Daß wirklich die Arbeit die einzige Quelle des Tauschwerthes ist, dafür citirt Redner Schulze-Delisch und Adam Smith. Wie die Sclavenarbeit ein gesetzlicher Diebstahl an den Sclaven war, so ist die ganze heutige Produktionsweise ein beständiger gesetzlicher Diebstahl der Besitzenden an dem Nichtbesitzenden. (Gelächter.) Das Lachen beweist Nichts, widerlegen Sie mich, wenn Sie können. Wenn nun das Verhältnis zwischen Capital und Arbeit ein Kriegszustand ist, so sind wir gewillt, diesen Krieg zwar ernsthaft, aber doch auf gesetzlichem Boden zu führen. Was das Gewerbegesetz betrifft, so werde Redner fast in allen Fragen mit der Linken stimmen. Er vermisst einen gesetzlichen Schutz für die neu entstandenen Gewerkschaften (trades unions); die Polizei, besonders die Berliner, behandle dieselbe wohl mit allen Rücksichten, das sei aber doch nur Gnadenache. In Betreff der Fabrikordnung wünscht Redner, daß wie in England und Frankreich der Normal-Arbeitstag (von 10—12 Stunden) eingeführt werde. Die Bedenken gegen den Normal-Arbeitstag aus dem Grunde der persönlichen Freiheit sind nicht zutreffend; denn es handelt sich hier nur um eine Scheinfreiheit. Durch die Concurrenz werden sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer dahin gedrängt, die Arbeitszeit immer mehr zu verlängern; der Einzelne kann sich nicht dagegen wehren. Der Staat muß deshalb mit seiner höheren Gewalt gegen die Zwangsgewalt der freien Concurrenz eintreten. Nur durch eine Abkürzung der Arbeitszeit wird es möglich werden, daß der Arbeiter zu einem menschenwürdigen Dasein gelangt, an polit. und socialeinfluß zunimmt. Redner dankt der Versammlung, daß sie ihn ruhig angehört. Eine längere Auseinandersetzung sei nöthig gewesen, um die haarsträubenden Unwahrheiten, die geflissentlich über die social-dem. Richtung verbreitet würden, zu widerlegen. Es verdient wohl einer ernstlichen Erwägung, wie es kommt, daß die große Masse der Nation immer auf dem alten Standpunkt bleibt und in der größten Noth lebt, während andere Wenige in Saug und Braus leben und immer reicher werden. Unser Wunsch geht dahin, auf möglichst friedlichem Wege abzuwehren. Unterschätzen Sie die Sache nicht. Es ist richtig, die politische Revolution nach dem bisherigen Princip ist abgenutzt; von dieser Seite haben also die Regierungen nichts zu fürchten. Die sociale Revolution nach dem neuen Princip ist aber noch nicht reif; wenn sie reif wäre, würden die Regierungen sich wohl anders stellen. Aber ich denke, man sollte es doch wohl nicht ankommen lassen auf die Revolution, die ungewisshaft eintreten muß, wenn man nicht versucht, auf friedlichem Wege die socialen Verhältnisse umzugestalten. Der Augenblick, wo in den Tuilerien die rotte Fahne aufgesteckt wird, kann auch für uns von großer Tragweite sein.

Abg. Braun (Wiesbaden). Die Drohungen des Vorredners mit der Revolution haben auf mich keinen Eindruck gemacht. Revolutionen sind Naturereignisse, die weder von einem Einzelnen noch von einer Partei künstlich fabricirt werden können, und trotz der guten Meinung, die ich von den geistigen Fähigkeiten des Vorredners habe, glaube ich doch nicht, daß er als ein Privilegium den Donnerkeil der Revolution in der Tasche trägt. (Heiterkeit.) Die Ansichten des Vorredners sind nicht die des Arbeiterstandes, sondern höchstens die eines Theiles desselben. Vorredner versteht unter dem Begriff „Arbeiter“ eben etwas anderes als wir; er bezeichnet als einen solchen nur denjenigen, der seine Arbeitskraft auf Tage oder Wochen verkauft, also einen Tagelöhner im engeren Sinne, — ich dagegen verstehe darunter Jeden, der seine geistigen und körperlichen Kräfte zum Wohle der Mittwelt und in seinem eigenen Interesse braucht. Nach dem großen Aulause und den umfangreichen theoretischen Deductionen, mit welchen der Vorredner seine Ausführungen einleitete, hatte ich erwartet, er werde mit ungeheuren Reformvorschlägen hervortreten bis zu paradiesischen Zuständen. Statt dessen erhebt er einige kleine Monita gegen die Vorlage, spricht einige Wünsche über Fabrikgesetzgebung aus, bezüglich deren er bei uns auf die eifrigste Unterstützung rechnen konnte und endet schließlich mit einem Lobe des Berliner Polizeipräsidenten; dazu braucht man doch nicht vorher den Himmel zu stürmen. (Heiterkeit.) Der Arbeiter arbeitet nicht, weil er Sclave ist, sondern aus sittlichen Motiven. Man will dem Unternehmer keinen Antheil am Gewinn zugestehen, und doch ist er es ganz allein, der mit seinem gesammten Vermögen für das Risiko einsteht; wollen die Arbeiter Antheil am Reingewinn, so müssen sie auch Theil nehmen an den Verlusten, und da sie dazu nicht im Stande sind, so würde ein solches Unternehmen beim ersten Sturm zusammenbrechen. Man verlangt für die Fabrikarbeiter Geld vom Staate, und doch giebt es noch viele Bevölkerungsklassen — ich nenne nur die ländlichen Tagelöhner — die viel schlechter situiert sind. Da nun der Staat selbst nichts hat, als was er an Steuern einzieht, so verlangen Sie also, daß man den Fabrikarbeitern Geschenke mache auf Kosten jener noch schlechter situirten Klassen. In Ihren Augen giebt es nur Capitalisten oder Arbeiter, eine Eintheilung, die mich an die gewöhnlich von den Schützöllnern gemachte erinnern, welche die Menschen in Producenten und Consumenten zerfallen lassen. Ebenso wie jeder Produzent gleichzeitig Consumant ist und umgekehrt, ebenso ist es unmöglich, eine solche Grenzlinie zwischen Capitalisten und Arbeiter zu ziehen. Redner fährt nun aus, daß sich die Lage der Arbeiter im Laufe der Zeit wesentlich verbessert. Die Ungleichheit in der Vertheilung der Besitzgüter betrachte ich als ein Glück, denn wer würde bei einer unabänderlichen Vermögensgleichheit sich nicht jenem dolce far niente hingeben, zu der uns die einem Jeden von uns im tiefsten Grunde des Herzens angeborene Neigung treibt. Man predigt den Krieg gegen das Kapital, ohne zu überlegen,

was man dadurch im günstigsten Falle erreichen würde. Selbst wenn den Arbeitern die Möglichkeit gegeben würde, diesen Krieg siegreich zu Ende zu führen, so ist das Kapital vernünftig, giebt nach und geht ein Haus weiter. (Abg. v. Schweiger: Wohin?) Wohin? Diese Frage beantwortet sich von selbst, wenn man sieht, wie sich schon jetzt unsere Kapitalien in Masse nach Rußland, Rumänien, und Gott weiß wohin ziehen. Nur eine Art Krieg giebt es, der erfolgreich gegen das Kapital geführt wird, ein Beispiel davon liefert Ihnen der 30jährige Krieg: es sind das recht gute Mittel, reiche Leute arm zu machen, aber niemals Arme zu Reichen. (Beifall.) In dem, was der Vorredner an dem Entwurf selbst auszufügen hat, stimme ich ihm im Ganzen bei, auch bezüglich der Fabrikgesetzgebung. Redner schließt: Thun wir den Aberglauben an die Allmacht des Staates und der Gesetzgebung ab — ich kenne kein anderes Mittel zur Lösung der socialen Frage, als daß die Arbeiter ihren sittlichen Ernst und ihre geistige Potenz mit aller Energie zusammenrassen und sich sagen: „Hilf Dir selbst“ (Beifall).

Bundes-Comm. G.-R. Dr. Michaelis: Nachdem im vorigen Jahre das sog. Rothgewerbegesetz ergangen, steht die Sache so, daß entweder der Bund ein umfassendes Gewerbegesetz giebt, oder daß die Particulargesetzgebung vorgeht. Im letzteren Falle würde der Bund auf lange Zeit verzichten müssen, auf diesem Gebiet vorzugehen. Der Bundesrath faßt den Gesetzentwurf nicht auf, wie man etwa eine Verfassung auffaßt, an welcher man eine lange Reihe von Jahren nichts zu ändern gedenkt. Er faßt den Entwurf auf als die Grundlage, auf welcher sich die Gewerbegesetzgebung des Bundes entwickeln soll, und ich glaube, es ist nur dann möglich, daß ein solches Gesetz zu Stande komme, wenn auch von dem anderen Theile der Gesetzgebung derselben Auffassung gefolgt wird. Eine Einigung ist nur dann möglich, wenn von manchen Seiten weitergehenden Wünschen Stillstand geboten wird, wenn von manchen Seiten davon ausgegangen wird, daß, wenn der Keim der Entwicklung gelegt ist, die Prinzipien, an welche man glaubt, sich auch geltend machen werden. Ich meine aber, diejenigen, deren Ziele in gewissen Punkten weiter gesteckt sind als der gegenwärtige Entwurf mitzugehen vermag, werden um so sicherer auf die Zukunft vertrauen und auf einen Compromiß eingehen können, der das Bestehende ratificirt, je fester sie von der Fruchtbarkeit und Lebenskräftigkeit ihrer Principien überzeugt sind.

Abg. Frischke: Der Abg. Braun befindet sich sehr im Irrthum, wenn er glaube, der Arbeitgeber trage allein das Risiko und müsse deshalb auch allein den Unternehmerrisiko einstecken. Wenn der Arbeitgeber unter einer ungünstigen Conjunction zu leiden habe, so wälze er den Nachtheil auf die Schultern der Arbeiter, indem er das Arbeitslohn bisweilen bis um 25% verkurze. Die Auswanderung des Capitals, mit der der Abg. Braun gebroht, werde sich höchst komisch ausnehmen; vermuthlich würden die Actionäre der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft dann ihre Locomotiven, ihre Etablissements u. s. w. auf dem Rücken zum Lande hinaustragen, denn das werde der Abg. Braun doch wohl wissen, daß nicht allein ausgeprägtes Geld, sondern auch alle derartige Betriebsmittel und Arbeitswerkzeuge das Capital bilden. Nach den Schilderungen des Abg. Braun müste man wirklich meinen, die Arbeiter lebten in Saug und Braus, betrachte man dagegen das Massenelend im Erzgebirge und in den schlesischen Weberdistricten, wo oft 5 bis 6 Familien eine einzige, nur durch Korbestrüche abgetheilte Wohnung innehaben, so klinge die vorher gehörte Behauptung wie ein Hohn. Er freue sich, die Ausführungen seines Parteigenossen in einer solchen Weise widerlegt zu sehen, wie dies vom Abg. Braun geschieht; dieselbe schlage sich selbst so sehr, daß er der Mühe überhoben sei, noch weitere Gründe gegen die Argumentation vorzuführen. — Abg. Richter (Hamburg) wünscht, der Specialgesetzgebung der einzelnen Staaten das Feld zu sichern, obwohl von Natur dafür gesorgt ist, daß die Bundesgesetzgebung das Meiste den Einzelstaaten von selbst überlassen müssen. — Abg. Eysoldt (Sachsen) tadelt es, daß zur Verwaltung der Innungsklassen communale oder gar Staatsbehörden herangezogen werden sollen und daß demselben Mann, der als Abgeordneter bei der Bewilligung von Millionen mitwirkt, das Recht abgeprochen werden soll, über Zahlungen von 10 bis 20 % aus der Innungskasse zu verfügen. Hierauf wird die Debatte vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag.

* Berlin, 17. März. [Bundesrathsitzung.] Frhr. v. Friesen präsidirte. Die Präsidialvorlagen über 1) Gesetzentwurf, betr. die Postfreiheiten im Bundesgebiet, 2) den Erwerb von Grundeigenthum durch Norddeutsche im türkischen Reich, 3) das Staatsangehörigkeits-Verhältnis der ohne Consens nach Deutschland ausgewanderten Norddeutschen, 4) die Erhöhung der für Marinezwecke bestimmten Bundesanleihe um 6 Millionen Thaler, gingen den betreffenden Ausschüssen zu.

[Marine.] Zur Ergänzung der telegr. Mittheilung über die diesjährige Indienststellung ist noch nachzutragen: Anfangs April soll 1 Kanonenboot 1. Classe (Echlo) als Tender für den Stationschef in Kiel und 1 eben solches („Comet“) zum Schutze der Fischerei und bei Strandungen in der Nordsee, sowie zu Vermessungszwecken in Dienst gestellt werden. Der als Wachtschiff im Kieler Hafen dienenden Segelfregatte „Gefion“ wird die Brigg „Pela“, dem Artillerieschiff, Segelfregatte „Thetis“, 1 Kanonenboot 2. Classe („Scorpion“) als Tender während der Sommermonate beigegeben. Zum Dienste in der activen Marine werden See-wehr-Offiziere herangezogen.

— [Der Abg. Meyhöffer], bekannt durch den ausgehnten Gebrauch, der zu seinen Gunsten von der persönlichen Unverletzlichkeit der Landtagsmitglieder gegen Ansprüche von Civilgläubigern gemacht wurde, hat in Folge der öffent-

